

bne – Hackescher Markt 4 – D-10178 Berlin

An das Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
Herr Bundesminister Peter Altmaier

An die stellv. Fraktionsvorsitzenden
Hr. Dr. Carsten Linnemann, MdB,
Hr. Andreas Jung, MdB,
Hr. Dr. Matthias Miersch, MdB
Hr. Achim Post, MdB (Minden)
Hr. Ulrich Lange, MdB

per Email an ministerbuero@bmwi.bund.de

Rückfragen an:
bne - Bundesverband Neue
Energiewirtschaft e.V.
Robert Busch
Geschäftsführer
Fon: + 49 30 400548-0
mail@bne-online.de

Seite 1 von 3

Berlin, den 23. April 2021

Offener Brief | Vor-Ort-Kommunen an den Einnahmen von Photovoltaik-Freiflächenanlagen finanziell beteiligen

Sehr geehrter Herr Minister Peter Altmaier, sehr geehrte stellv. Fraktionsvorsitzende Herr Andreas Jung, Herr Dr. Carsten Linnemann, Herr Ulrich Lange, Herr Dr. Matthias Miersch, Herr Achim Post,

Photovoltaikfreiflächenanlagen haben sich in letzten Jahren zu einer der günstigsten Stromerzeugungsformen entwickelt. Die Kosten fallen weiter. Das Interesse der Wirtschaft an der Belieferung aus großen Solarstromanlagen nimmt stetig zu. Zugleich werden Photovoltaikfreiflächenanlagen in großem Stil benötigt, damit die Energie- und Klimaziele erreicht werden können.

Aus Sicht der unterzeichnenden Unternehmen bieten Photovoltaikfreiflächenanlagen neben den ökologischen Vorteilen für Kommunen und ländliche Regionen auch große ökonomische Chancen. Es ist uns sehr wichtig, dass diese Chancen genutzt werden können. Der Koalitionsvertrag bietet hierzu mit folgender Aussage eine gute Grundlage:

„durch eine bundeseinheitliche Regelung beim weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien die Standortgemeinden stärker an der Wertschöpfung von EE-Anlagen beteiligen und die Möglichkeiten einer Projektbeteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verbessern, ohne dass dies insgesamt zu Kostensteigerungen beim EE-Ausbau führt.“

Dadurch bekommen Kommunen mehr Spielräume für wichtige Investitionen, sei es in Kindergärten, Schulen oder bei der Feuerwehr bzw. eine Kompensation für pandemiebedingte Ausfälle.

Effektive finanzielle Vorteile für Kommunen zu schaffen, ist uns in diesem Zusammenhang derzeit nur sehr begrenzt möglich. Die aktuelle Ausgestaltung der Gewerbesteuer führt zu oft dazu, dass Standortkommunen leer ausgehen oder erst sehr spät Zahlungen erhalten. Freiwillige Zahlungen an Kommunen stoßen wiederum auf rechtliche Probleme. Auch die aktuellen Änderungen bei der Gewerbesteuererlegung lösen das Problem nicht.

Die unterzeichnenden Unternehmen appellieren daher an die Politik, den Rechtsrahmen so zu gestalten, dass Zahlungen aus Photovoltaikfreiflächenanlagen künftig transparent und rechtssicher an Kommunen geleistet werden dürfen bzw. müssen.

Das ist auch nicht abseitig oder völlig neu. Denn die neu geschaffene Regelung des EEG 2021 zur kommunalen Beteiligung sieht dies für die Windenergie bereits vor. Für andere erneuerbaren Energien wurde im EEG 2021 eine Verordnungsermächtigung erteilt, die nun dringend umgesetzt werden muss. Denn weil jetzt Entscheidungen zu Photovoltaikfreilandanlagen vor Ort in den Kommunen getroffen werden, muss die kommunale Beteiligung zeitnah geregelt werden. Eine Verschiebung bis nach der Bundestagswahl hätte absehbar Attentismus zur Folge.

Wir möchten weiter darauf hinweisen, dass eine gute Regelung auch für förderfrei errichtete PPA-Anlagen anwendbar sein muss und wir explizit keine finanzielle Kompensation analog zur Regelung wünschen, wie sie bei der Windenergie gewährt wird. Die kommunale Beteiligung sollte aus den Projekten finanziert werden. Eine finanzielle Belastung des EEG-Kontos würde es damit nicht geben.

Wir bitten daher dringend darum, dass Sie direkt **im EEG oder durch den Erlass der im EEG 2021 vorgesehenen Verordnung** den Koalitionsvertrag auch hinsichtlich Photovoltaikfreilandanlagen umzusetzen und damit Standortgemeinden von Solarparks Einnahmen ermöglichen. Dies wäre auch ein positiver Beitrag zur ländlichen Entwicklung. Ohne eine klare und zeitnahe rechtliche Regelung müssten sowohl Politik als auch Unternehmen vor Ort erklären, wieso die Standortgemeinden von Solarparks keine Einnahmen aus diesen erhalten sollen. Dies wäre kaum darstellbar, zumal dort durch die geschilderte Sachlage zu Recht eine Erwartungshaltung besteht.

Wir bauen dabei auf Ihre persönliche Unterstützung und beantworten gerne Ihre Rückfragen.

Mit besten Grüßen,

*ASG Engineering GmbH
Geschäftsführung*

*BayWa r.e. renewable energy GmbH
Benedikt Ortman*

*EWS Elektrizitätswerke Schönau
Geschäftsführung*

*EnBW Solar GmbH
Harald Schmoch*

*Energiekontor AG
Frederik Pertschy*

*Energiewerk GmbH
Michael Mayer*

*Energiesysteme Groß
GmbH & Co.KG
Björn Groß*

*Enerparc AG
Stefan Müller*

*Greenovative GmbH
Geschäftsführung*

*Greenpeace Energy eG
Sönke Tangemann*

*greentech projects GmbH
Oliver Herzog*

*iTerra energy solutions GmbH
Dr. Max Beu*

*juwi AG
Michael Class*

*LichtBlick SE
Enno Wolf*

*MaxSolar GmbH
Christoph Strasser*

*maxx-solar & energie
GmbH & Co.KG
Dieter Ortman*

*NATURSTROM AG
Geschäftsführung*

*PFALZSOLAR GmbH
Lars Josten*

*pv project Deutschland GmbH
Geschäftsführung*

*solargrün GmbH
Dennis Schilling*

*solar-konzept GmbH
Christoph Schmitt*

*Solarpraxis AG
Karl-Heinz Remmers*

*Solarpraxis Engineering GmbH
Geschäftsführung*

*Solverde eG
Nicolai Zwosta*

*SMA Solar Technology AG
Andreas Gast*

*sws renergy GmbH
Michael Rachow*

*Trianel Energieprojekte
GmbH & Co. KG
Andreas Lemke*

*UmweltProjekt GmbH
Geschäftsführung*

*Vattenfall Solar GmbH
Claus Wattendrup*

*Wattner AG
Guido Ingwer*

*Wattmanufactur GmbH & Co. KG
René Nissen*

*wpd Solar GmbH
Niclas Fritsch*



Diese Unternehmensinitiative wird unterstützt durch den Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V.

Bundesverband
Neue Energiewirtschaft